



«In den Führungsetagen grosser Unternehmen und an Universitäten ist der Ausländeranteil sehr hoch», sagt Mathias Binswanger (links). «Das ist jetzt sehr grob dargestellt. Gerade bei den Universitäten zeigt sich, dass die Schweiz ihre Spitzenposition nur dank internationaler Ausrichtung behaupten kann», entgegnet Aymo Brunetti.

ANNICK RAMPF / NZZ

«Die Lebensqualität sinkt» – «Die Schweizer haben ein Luxusproblem»

Die Ökonomen Mathias Binswanger und Aymo Brunetti beurteilen den Nutzen der Zuwanderung für die Schweiz unterschiedlich. Auch bei der «Keine 10-Millionen-Schweiz»-Initiative gehen ihre Ansichten auseinander, wie sie im Gespräch mit Thomas Fuster und Matthias Benz darlegen

Herr Brunetti, Herr Binswanger, haben Sie das Gefühl, es geht den Schweizern heute besser als vor zwanzig Jahren?

Aymo Brunetti: Definitiv ja. Der Wohlstand pro Kopf ist gewachsen. Das ist auch im täglichen Leben angekommen. Man sieht es an der Auswahl und Qualität der Dinge, die sich Schweizerinnen und Schweizer leisten können.

Mathias Binswanger: Wenn man es rein materiell betrachtet, leben wir heute in der Schweiz besser als die Menschen jemals irgendwo in der ganzen Geschichte. Wir haben ein hohes Wachstum des absoluten Bruttoinlandsprodukts. Aber der Wohlstand gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist in den letzten Jahren nicht mehr stark gestiegen. Und die Lebenszufriedenheit der Menschen nimmt nicht mehr zu.

Die Menschen begründen ihre Unzufriedenheit oft mit einem Gefühl der Enge. Finden Sie auch, es sei eng geworden in der Schweiz?

Brunetti: Bestimmt nicht, wenn ich es mit anderen Ländern oder Städten vergleiche. Klar, in den Schweizer Städten und Agglomerationen ist es enger geworden. Aber es gibt auch Regionen in der Schweiz, die sich entvölkern. Insgesamt sehe ich keine übermässig starke Verdichtung.

Binswanger: Es gibt Dichtestress an neuralgischen Stellen, wo auch die meisten Menschen zuwandern. Die Nachteile der Zuwanderung werden immer grösser. Die Stautunden haben stark zugenommen. Die Menschen spüren es auch an den steigenden Immobilienpreisen, an der Verdichtung in den Städten und an der Zersiedelung auf dem Land. Die Lebensqualität sinkt.

Brunetti: Viele Menschen sind gerne in verdichteten Regionen. In den Städten ist es vor allem darum dicht, weil sie attraktiv sind. Die Menschen mögen die Vielfalt und die Dynamik. Städte sind Innovations- und Wachstumsmotoren.

Binswanger: Der Vergleichsdienst Comparis hat eine Umfrage gemacht,

die zeigt, dass die Schweizer nicht in verdichteten Quartieren und Gebäuden leben wollen. Die meisten wollen immer noch eine Hüsl-Schweiz. Das Problem ist, dass sich immer weniger Menschen den Traum vom Eigenheim leisten können, auch wegen der Zuwanderung. Und das in einem der reichsten Länder der Welt.

Wir stimmen bald über die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative ab. Entspricht das Bevölkerungswachstum der vergangenen Jahre einer Nachhaltigkeit, welche die Möglichkeiten künftiger Generationen nicht einschränkt?

Brunetti: Nachhaltigkeit ist ein eigenartiger Begriff in der Diskussion über Zuwanderung. Aber grundsätzlich lautet die Antwort Ja. Die Entwicklung der letzten Jahre ist mit einem höheren Wohlstand und mit einer Verbesserung der Möglichkeiten einhergegangen. Die künftigen Generationen profitieren davon, dass die Schweiz ein innovativer und produktiver Wirtschaftsstandort ist.

Binswanger: Es ist eine Frage des Niveaus. Eine Zunahme der Bevölkerung von 4 auf 5 Millionen ist nicht dasselbe wie eine Zunahme von 10 auf 11 Millionen. Irgendwann wird es eng. Nachhaltigkeit hat eine ökologische Komponente. Zudem haben wir uns in der Schweiz darauf eingerichtet, dass wir dank der Zuwanderung gewisse Jobs nicht mehr machen müssen. Ich meine nicht nur das Gastgewerbe oder die Pflege und andere schlecht bezahlte Berufe. Die Schweizer wollen auch nicht mehr Ingenieure werden, weil es ein mühsames Studium ist mit wenig Sozialprestige. Wir verabschieden uns von gewissen Tätigkeiten und verlieren so mit der Zeit die Innovationsfähigkeit. Diese ist für den Erfolg der Schweiz zentral.

Wie nachhaltig ist die Zuwanderung mit Blick auf die Sozialsysteme?

Binswanger: Kurzfristig profitieren die Schweizer von den jungen Einwan-

derern, die die Renten mitfinanzieren. Aber die Ausländer werden auch irgendwann alt. Übers ganze Leben gesehen ist ihr Beitragsverhältnis ungünstiger als bei den Schweizern. Dieses Schneeballsystem lässt sich nur aufrechterhalten, wenn die Zuwanderung immer weitergeht. Das Problem wird in die Zukunft verschoben. Das ist nicht nachhaltig.

Brunetti: Die Zuwanderung ist sehr wichtig für die Finanzierung der Sozialwerke. Wir haben bei der AHV ein grosses Übergangsproblem. Wegen der Babyboomer gehen in naher Zukunft wesentlich mehr Menschen in Pension, als neue in den Arbeitsmarkt kommen, und wegen der tiefen Geburtenraten wird das auch danach abgedehnt weitergehen. Gerade in der Übergangsphase wäre es eine schlechte Idee, zahlungskräftige Zuwanderer davon abzuschrecken, in die Schweiz zu kommen. Klar, eine sinnvolle Alternative wäre, das Rentenalter zu erhöhen. Aber solange wir das nicht tun, ist die Zuwanderung entscheidend, um die AHV zu stabilisieren.

Die Wirtschaftsleistung der Schweiz ist seit dem Jahr 2002 absolut um rund 55 Prozent gewachsen, dies unter anderem auch wegen der starken Zuwanderung: Hat der einzelne Schweizer davon profitiert?

Binswanger: In absoluten Zahlen stimmt das. Aber pro Kopf gerechnet hat das Bruttoinlandsprodukt nur um 24 Prozent zugenommen. Die Hälfte war also ein Wachstum in die Breite durch Zuwanderung, die andere Hälfte war tatsächlicher Wohlstandszuwachs. Wichtig ist: In den letzten Jahren hat das Pro-Kopf-Wachstum tendenziell abgenommen. Die Zunahme des Wohlstandes wird immer geringer. Die Frage lautet deshalb: Sind wir bereit, für einen nur noch leicht wachsenden Wohlstand Einbussen bei der Lebensqualität in Kauf zu nehmen in Form von Dichtestress, steigenden Wohnkosten oder Verdichtung?

«Es gibt auch Regionen in der Schweiz, die sich entvölkern. Insgesamt sehe ich keine übermässig starke Verdichtung.»

Aymo Brunetti

Brunetti: Es wird häufig gesagt, wir wüchsen kaum schneller als Deutschland. Aber es ist entscheidend, von welchem Niveau aus man startet. Wenn man schon an der Spitze ist, wird es schwieriger, zu wachsen. Die Pro-Kopf-Einkommen in der Schweiz waren schon 2002 viel höher als in allen vergleichbaren europäischen Ländern, auch kaufkraftbereinigt. Trotzdem hat das Pro-Kopf-Einkommen seither deutlich zugenommen und wächst weiter. Wir haben ein phantastisches Wachstum angesichts der Ausgangslage. Und es ist nicht gottgegeben: Es hätte auch sein können, dass die Schweiz sich rückwärts entwickelt in Richtung europäischer Durchschnitt.

Ist Wirtschaftswachstum überhaupt noch wichtig für die Schweizerinnen und Schweizer? Oder sind sie wachstumsmüde geworden?

Brunetti: Die Schweizer haben ein Luxusproblem. Wir haben uns daran gewöhnt, dass wir reich sind. Viele sagen deshalb, so schlimm wäre es ja gar nicht, wenn wir nicht mehr wachsen würden. Aber in der Schweiz kennen wir solche Situationen gar nicht mehr. In einer schrumpfenden Wirtschaft muss man irgendjemandem etwas wegnehmen, wenn man umverteilen will. Dann nehmen die Verteilungskämpfe zu. Die Menschen werden zwar nicht automatisch glücklicher, wenn das Pro-Kopf-Einkommen steigt. Aber sie werden mit Sicherheit unglücklicher, wenn es sinkt.

Binswanger: Wirtschaftswachstum ist nach wie vor wichtig, auch in der Schweiz. Das habe ich auch in meinem Buch «Der Wachstumszwang» beschrieben: Heutige Volkswirtschaften funktionieren nicht ohne Wachstum, weil nur so eine Mehrheit der Unternehmen dauerhaft Gewinne erzielen kann. Aber das heisst nicht, dass wir mit einer möglichst hohen absoluten Rate wachsen müssen. Entscheidend für den Wohlstand ist das Wachstum pro Kopf.

Machen wir ein Gedankenexperiment: Ginge es den Schweizern heute besser, wenn es in den letzten fünf- bis zwanzig Jahren keine Zuwanderung gegeben hätte?

Binswanger: Die Lage in der Schweiz sähe ein wenig schlechter aus. Deshalb setzt die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» auch keine unmittelbare Grenze. Ein gewisses Mass an Zuwanderung soll weiter möglich sein.

Brunetti: Ich finde, die Initiative setzt mit 10 Millionen schon eine absolute Grenze.

Binswanger: Es braucht diese Grenze ab dem Jahr 2050, weil sonst nichts geschieht in der Schweiz. Es braucht sie als Druckmittel, damit die Politiker endlich etwas unternehmen gegen die übermässige Zuwanderung. Und damit sie in internationalen Verhandlungen nicht gleich einknicken.

Brunetti: Ich bin auch der Meinung, dass die Schweiz ohne Zuwanderung deutlich ärmer, weniger vielfältig und weniger innovativ wäre. Ich finde, wir sollten die absolute Grenze von 10 Millionen ab 2050 ernst nehmen; die steht dann in der Verfassung. Wenn das Stimmvolk dem zustimmt, haben wir ein echtes volkswirtschaftliches Problem.

Binswanger: Bis ins Jahr 2050 könnten immer noch netto rund 40 000 Menschen pro Jahr in die Schweiz zuwandern. Was man dann im Jahr 2050 macht, muss man sehen. Man kann sicher keine Erbsenzählerei betreiben.

Sie vertrauen darauf, dass die 10-Millionen-Grenze nicht umgesetzt würde?

Binswanger: Dieser Deckel kann bei Dringlichkeit in Zukunft angepasst werden. Das Hauptthema ist für mich: Betrachten wir in einem demokratischen Land wie der Schweiz die Zuwanderung als gottgegeben? Oder wollen wir sie politisch steuern? So dass weiterhin Leute in die Schweiz kommen, die wir brauchen, es aber keine permanente Masseneinwanderung gibt.

Brunetti: Welche sollen denn nicht kommen?
Binswanger: Ein Schweizer Unternehmen greift heute lieber auf den Pool an jungen und gut ausgebildeten EU-Bürgern zu, als einen über 50-jährigen Schweizer anzustellen, der sich vom Chef, der vielleicht jünger ist, nichts mehr sagen lässt.

Brunetti: Das Argument würde zutreffen, wenn es eine Verdrängung der Schweizer durch die Zuwanderer gäbe. Aber das findet nicht statt, das ist unzählige Male nachgewiesen worden. Die Schweizer haben sehr hohe Erwerbsquoten in allen Altersgruppen.

Befürworter der Zuwanderung sagen, sie habe die Schweizer Wirtschaft produktiver gemacht. Denn die Ausländer gehen vor allem in die marktnahen Sektoren, während die Schweizer gerne beim Staat arbeiten. Macht die Zuwanderung die Schweiz also fitter?

Binswanger: Ich stelle fest, dass bei wichtigen Positionen zunehmend auf Ausländer gesetzt wird. In den Führungssetagen grosser Unternehmen und an Universitäten ist der Ausländeranteil sehr hoch. Diesen Leuten fehlt aber oft jeder Bezug zur Schweiz. Auch unter Volkswirtschaftsprofessoren beschäftigen sich nur noch wenige mit Schweizer Themen. Insgesamt trauen die Schweizer ihren eigenen Leuten zu wenig zu, und diese ziehen sich in den Staat zurück. Ich nenne das Luxemburgisierung – in Anlehnung an Luxemburg, wo die Zuwanderung noch extremer ist und die Einheimischen primär beim Staat gut bezahlte Jobs haben, während die restlichen Aufgaben von Ausländern erledigt werden. Eine ähnliche Tendenz sehe ich auch in der Schweiz. Zunehmend verwalten wir unseren Wohlstand und überlassen das Produzieren den Ausländern.

Brunetti: Das ist jetzt sehr grob dargestellt. Gerade bei den Universitäten zeigt sich, dass die Schweiz ihre Spitzenposition nur dank internationaler Ausrichtung behaupten kann. Würden die Hochschulen nur mit Schweizerinnen und Schweizern besetzt, drohte die Provinzialität.

Die Zuwanderung bringt Gewinner und Verlierer hervor. Wer hat gewonnen, wer verloren?

Brunetti: Gewonnen hat die Wirtschaft. Und weil die meisten Leute in der Wirtschaft tätig sind, haben fast alle gewonnen – Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Dies auch deshalb, weil die Personalfreizügigkeit nicht diskriminiert. Weil keine staatliche Zuteilung nach Branchen erfolgt, sondern der Arbeitsmarkt über die Nachfrage gesteuert wird, sind die Vorteile breit verteilt und betreffen viele Bereiche. Nachteile gibt es vor allem in Agglomerationen, wo Wohn- und Pendelkosten steigen. Diese Effekte treffen Arbeitnehmer, die dort leben, stärker. Gleichzeitig profitieren auch diese Personen insgesamt als Teil der arbeitenden Bevölkerung von den wirtschaftlichen Vorteilen.

Ist es somit ein Vorteil, dass der Staat die Zuwanderung nicht steuern kann, weil dann auch niemand diskriminiert werden kann?

Brunetti: Ja, denn was wäre die Alternative? Um die 10-Millionen-Schweiz-Initiative umzusetzen, müsste man eine effiziente marktwirtschaftliche Lösung durch eine planwirtschaftliche Lösung ersetzen. Denn wer über Kontingente steuern will, braucht den Staat.

Binswanger: Es steht nirgendwo in dieser Initiative, dass wir zurück zum Kontingentsystem müssten. Unterschiedliche Länder haben unterschiedliche Lösungen zur Steuerung der Zuwanderung. Da kann man schauen, was funktioniert und was nicht. Es gibt praktisch kein Land wie die Schweiz, das quasi unbeschränkt Zuwanderung zulässt. Wir sind international die Ausnahme.

Brunetti: Das stimmt nicht. 27 EU-Länder haben ebenfalls die Personenfreizügigkeit.

Binswanger: Ja, untereinander und innerhalb der EU. Aber die Schweiz ist ja gerade kein Mitglied der EU. Und noch einmal: Es braucht keine Kontingente. Es gibt Länder mit Punktesystemen, etwa Kanada. Oder schauen Sie nach Japan: Dort muss man die Sprache lernen, einen Eignungstest machen, und nach fünf Jahren erhält man nicht automatisch ein Daueraufenthaltsrecht. Das hat nichts mit Planwirtschaft zu tun. Japan ist ein gut funktionierendes Land. Es findet einfach, dass Zuwanderung nicht frei zugelassen, sondern gesteuert werden soll.

Brunetti: Punktesysteme oder auch Zuwanderungsabgaben – das klingt gut. Das Problem liegt aber in der poli-

«Ein Schweizer Unternehmen greift heute lieber auf den Pool an jungen EU-Bürgern zu, als einen über 50-jährigen Schweizer anzustellen.»

Mathias Binswanger

Die Zuwanderung hat auch positive Seiten. Sie hat mehr Vielfalt ins Land gebracht. Wird das von den Schweizern zu wenig geschätzt?

Binswanger: Ich denke, die Schweizer schätzen die Vielfalt durchaus. Das Land ist bunter geworden. Wenn man einen Ort sucht, wo die Menschen fröhlich sind, muss meistens ein Ausländer dabei sein. Nur mit Schweizern ist es oft ein bisschen trist. Aber wenn die Menschen finden, sie leben lieber in einer Hüsl-Schweiz als in verdichteten Städten, ist das zu respektieren.

Gibt es aus rein ökonomischer Sicht eine «optimale» Bevölkerungsgrösse für die Schweiz? Wenn Sie eine Zahl festlegen könnten, wie hoch wäre sie?

Brunetti: Das kann und sollte man nicht planen. In den 1970er Jahren wurden einmal 6 Millionen als richtig angesehen. Heute reden wir über 10 Millionen. Nicht die absolute Höhe ist für die Menschen das Problem, sondern wenn das Bevölkerungswachstum sehr schnell passiert.

Binswanger: Ich finde, die 10 Millionen sind nahe an der optimalen Bevölkerungsgrösse für die Schweiz. Dann halten sich die Vorteile und Nachteile die Waage. Am Schluss geht es in der Ökonomie um die Lebenszufriedenheit der Menschen: Wie und in welchen Umständen fühlen sie sich wohl?

Wie werden Sie selbst am 14. Juni abstimmen?

Brunetti: Ich werde Nein stimmen. Wenn man die 10-Millionen-Grenze durchsetzen will, ist das extrem ineffizient und kostspielig für die Schweiz. Die von der Nachfrage getriebene Zuwanderung der letzten fünf- bis zwanzig Jahre hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Schweiz so wohlhabend ist und so gut funktioniert.
Binswanger: Ich werde Ja stimmen, weil ich glaube, dass die unbeschränkte Zuwanderung immer weniger Nutzen bringt, aber der Lebensqualität zunehmend abträglich ist. Wir werden besser leben in der Schweiz, wenn wir die Zuwanderung steuern können.

Mathias Binswanger (63) ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz und Privatdozent an der Universität St. Gallen. Er forscht zu Fragen der Makroökonomie, der Finanzmarkttheorie und der Umweltökonomie, aber auch zum Zusammenhang zwischen Glück und Einkommen. Im Buch «Der Wachstumszwang» argumentiert er, dass die Schweiz so wohlhabend ist und so gut funktioniert.

Aymo Brunetti (63) ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern. Er gehört zu den wichtigsten Stimmen in der Schweizer Wirtschaftspolitik. Nach einem Studium in Basel und verschiedenen internationalen Stationen ging er in den Bundesdienst. Er leitete von 2003 bis 2012 die Direktion für Wirtschaftspolitik im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Danach kehrte er mit der Professur in Bern in die Wissenschaft zurück. Brunetti gilt als der Vater der «Too-big-to-fail»-Bankenregulierung und war Mitglied der Expertengruppe Gaillard, die Sparvorschläge für den Bundeshaushalt erarbeitete. Seit 2026 ist er Präsident des Universitätsrates der Universität Basel.